

Kohnert, Dirk

**Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)**

**Benin - 1998**

*Suggested Citation:* Kohnert, Dirk (1999) : Benin - 1998, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1998: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 79-83

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301816>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Benin - 1998

**Fläche:** 112.622 km<sup>2</sup>, **Einwohner:** 5,6 Mio., **Hauptstadt:** Porto Novo (Regierungssitz: Cotonou), **Amtssprache:** Französisch, **Lebenserwartung:** 55 J., **Alphabetisierung:** 36%, **HDI:** 0,332, Rang 30, **Wechselkurs:** \$ 1 = F CFA 598,81, **Pro-Kopf-Einkommen:** 350 \$ , **BSP:** \$ 2000 Mio., **Anteile am BIP:** 34% - 14% - 52%, **Hauptexportprodukte:** Baumwolle 50%, Erdöl 5%, **Staats- und Regierungschef:** Mathieu Kérékou, **Regierungsparteien:** Parti du Renouveau Démocratique (PRD; bis 15.5.), Parti Social-Démocrate (PSD), Front d'Action pour le Renouveau et le Développement (FARD-Alafia), Notre Cause Commune (NCC), Union pour la Démocratie et la Solidarité (UDS), **Oppositionsparteien:** Renaissance du Bénin (RB), PRD (ab Juni).

Eine Reihe kontrovers diskutierter Gesetzesinitiativen zur Dezentralisierung, Amnestie politischer Delikte, Reform des Öffentlichen Dienstes, etc. bestimmten neben dem Rücktritt des Ministerpräsidenten und drei seiner Minister im Mai die innenpolitische Diskussion. Durch immer größere Zersplitterung der Parteienlandschaft erlangte die Regierung ab Jahresmitte eine Parlamentsmehrheit, die sie zur Umsetzung einer lange aufgeschobenen Reform des Öffentlichen Dienstes nutzte. Die Energiekrise im Frühjahr beeinträchtigte nicht nur die allgemeinen Lebensbedingungen und das Wirtschaftswachstum, sondern beeinflusste auch die Innen- und Außenpolitik.

### *Innenpolitik*

Nach jahrelangen kontroversen Diskussionen einer Verwaltungsreform war im Vorjahr mit der Verabschiedung eines Gesetzespakets zur **Dezentralisierung** begonnen worden; die legislative Absicherung einer neuen volksnäheren Verwaltungsstruktur und Raumordnung fand ihren Abschluß mit der parlamentarischen Verabschiedung des vierten und fünften Dezentralisierungsgesetzes zur Regelung der Kommunalwahlen und der kommunalen Finanzen am 27.1. und 12.2.. Die Umsetzung dieser Gesetze zögerte sich indes weiter hinaus, da das Verfassungsgericht mehr als 80 Einzelbestimmungen des Gesetzeswerkes im März und Oktober als nicht verfassungskonform verwarf. Verworfen wurden auch unpopuläre gesetzliche Regelungen, wie die Verdoppelung der Anzahl der Provinzen von sechs auf zwölf, die Festlegung der jeweiligen Distrikthauptstädte durch die Regierung sowie die Ausgliederung Cotonous aus der Provinz Atlantique. Die Kritik des Präsidenten der renommierten panafrikanischen NRO *Gerddes Afrique*, Sadikou

Alao, auf einer Konferenz über Fragen der Verwaltungsreform in Cotonou am 15.7. fiel noch schärfer aus: die Gesetze legten nicht die Basis für eine größere Selbstbestimmung der Regionen und Kommunen, sondern dienten nur dazu, neue aufgepflanzte politische Posten, Pfründe und finanzielle Belastungen zu schaffen, ohne die den Gemeinden zur Verfügung stehenden Ressourcen zu vergrößern; er plädierte außerdem für eine Rehabilitation und stärkere Einbindung traditioneller Autoritäten in den Dezentralisierungsprozeß.

Im Februar versuchte die Kérékou-Regierung im zweiten Anlauf ein **Amnestiegesetz** für Anhänger des Staatspräsidenten (insbesondere die Tawes-Gruppe, s. Jahrbuch 1997), die an terroristischen Anschlägen gegen die Regierung Soglo (1991-96) beteiligt waren, durch das Parlament absegnen zu lassen. Ein erster Gesetzentwurf war bereits im Vorjahr am Verfassungsgericht gescheitert, das auch dieses Mal sein Veto einlegte. Ob der dritte Anlauf, die Verabschiedung des leicht revidierten Amnestiegesetzes am 15.9., von Erfolg gekrönt sein würde, blieb abzuwarten. Mittlerweile hatte sich die personelle Zusammensetzung des höchsten Gerichts geändert. Dessen wegen ihrer Kompetenz und Unabhängigkeit international ausgezeichnete Präsidentin, Elisabeth Pognon, war nach dem Ablauf ihrer ersten Amtszeit am 22. Mai zunächst vom Parlament wiedergewählt, drei Wochen später jedoch mittels politisch motivierter juristischer Verfahrenstricks abgesetzt und durch die ehemalige Ministerin Kérékous, Conceptia Ouinsou, ersetzt worden; unabhängige Beobachter sahen damit die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts gefährdet.

Die **Reform des Öffentlichen Dienstes** war eine weitere - von der internationalen Gebergemeinschaft seit langem angemahnte - kontrovers diskutierte Gesetzesinitiative der Regierung. Bereits im Dezember 1997 war der Versuch, die automatische Lohnanpassung für die ca. 37 000 Staatsangestellten durch eine leistungsbezogene Entlohnung zu ersetzen, und diese Änderung über die Hintertür des Haushaltsgesetzes 1998 einzuführen, an vehementen Protesten der Gewerkschaften und der Opposition gescheitert. Mehrtägige **Generalstreiks**, welche die vier wichtigsten Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes im Frühjahr (Febr.-Mai) erfolgreich organisierten, ließen weitere harte Konfrontationen befürchten. Die zunehmende Zersplitterung der Parteienlandschaft und Spaltung der Opposition (s.u.) verschaffte der Regierung aber eine Parlamentsmehrheit, die sie nutzte, um im September mit 56% der Stimmen ein Gesetz zur leistungsbezogenen Entlohnung für den Öffentlichen Dienst im Parlament durchzusetzen und damit zukünftig mehr Gestaltungsraum für die Umstrukturierung der Staatsausgaben zu gewinnen. Im Gegenzug erfüllte die Regierung im November die jahrelang von den Gewerkschaften vergeblich geforderte rückwirkende Zahlung der seit 1992 ausstehenden automatischen Gehaltsanpassungen an den Lohnindex in Höhe von F CFA 5 Mrd. (\$ 8 Mio.); das Parlament stimmte einem dadurch bedingten Nachtragshaushalt für 1998 zu.

Weitere Gesetzesinitiativen betrafen die **Arbeits- und Sozialgesetzgebung** sowie den **Umweltschutz**. Am 8.1. trat ein neues Arbeitsgesetz für die im formellen Lohnarbeitssektor Beschäftigten in Kraft. Am 23.6. votierten die Abgeordneten nahezu einstimmig für das erste Gesetzeswerk in der Geschichte Benins zur sozialen Absicherung, den *Code de sécurité social*, und im August für ein neues Umweltschutzgesetz. Für die meisten Beniner blieben diese Gesetze aber graue Theorie, weil dem Staat selbst im formellen Sektor die Macht und Mittel fehlten, um deren effektive Umsetzung zu garantieren, ganz zu schweigen vom blühenden, sich jeder staatlichen Kontrolle entziehenden informellen Sektor, in dem immer noch die weitaus überwiegende Mehrheit der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung tätig war.

Der seit zwei Jahren andauernde Kleinkrieg zwischen dem Staatschef und seinem Ministerpräsidenten, Adrien Houngbédji, führte am 8.5. zum **Rücktritt des Premierministers und drei seiner Minister**. Houngbédji hatte mit den Stimmen seiner Partei (PRD) Kérékou bei den Präsidentschaftswahlen 1996 im Konkurrenzkampf mit dessen Rivalen Soglo zur Macht verholfen und dafür im Gegenzug den Posten eines in der Verfassung gar nicht vorgesehenen Ministerpräsidenten erhalten. Da die beiden Kontrahenten außer der gemeinsamen Gegnerschaft zu Soglo und dem Willen zur Macht kaum gemeinsame politische Interessen teilten, hatte sich die Regierungszusammenarbeit von Anfang an als schwierig erwiesen. Kérékou schien es darauf angelegt zu haben, seinen Premierminister öffentlich zu desavouieren und dadurch zum Abdanken zu bewegen. So umgingen die zuständigen Minister bei wichtigen Regierungsentscheidungen, wie der Vorbereitung des Haushaltsgesetzes 1998 im Dezember 1997, mit augenscheinlicher Billigung des Staatspräsidenten ihren eigenen Premier; Kérékou setzte willkürlich Anhänger Houngbédejis von ihren Posten als Provinzpräfekten oder Generaldirektoren wichtiger Staatsunternehmen und Behörden ab und gab im April sogar unumwunden zu, daß er Telefonate Houngbédjis abhören ließ. Als Anfang Mai Kérékous Pläne für eine Regierungsumbildung bekannt wurden, nach denen der Posten des Premierministers wieder abgeschafft und die Zahl der Ministersessel für den Koalitionspartner von vier auf zwei halbiert werden sollte, entschloß sich Houngbédji mit seinem Rücktritt und dem einige Monate später offiziell erklärten Überschwenken der PRD ins Oppositionslager zur Flucht nach vorn, um nicht gänzlich sein Gesicht, und damit jegliche politische Chance bei den kommenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen (im März 1999 und 2001) zu verlieren.

Die umfassende **Regierungsumbildung** vom 15.5. brachte die erwartete Abschaffung der Position des Ministerpräsidenten sowie die Ernennung von 13 neuen Ministern für das 18-köpfige Kabinett. Nur drei Kabinettsmitglieder behielten ihren Aufgabenbereich, darunter der Planungsminister, Albert Tévoèdjré, der am 20.2. aus der von ihm gegründeten Partei, *Notre cause commun* (NCC) ausgeschlossen worden war und eine

neue Minipartei, *Parti Ensemble*, gegründet hatte; drei Begleiter Kérékou aus seiner „marxistisch-leninistischen“, Regierungszeit (1972-89), Pierre Osho, Daniel Tawéma und Ousman Batoko, besetzten die Schlüsselministerien Verteidigung, Inneres und Öffentliche Verwaltung; der Wirtschaftswissenschaftler Prof. John Igue, der mit seinen fundierten empirischen Studien zum informellen Sektor internationale Anerkennung erlangt hatte, erhielt das Ministerium für Industrie und Klein- und Mittelständische Unternehmen. Insgesamt waren nach dem Auszug der vier PRD-Minister nur noch sieben Parteien in der Regierung vertreten. Die *Coalition des forces démocratiques* (CFD), eine 1996 gegründete Koalition von 37 Parteien und über 20 politischen Gruppierungen, die die Regierung Kérékou unterstützten, wählte nach monatelangen internen Auseinandersetzungen am 20.7. den ehemaligen Handelsminister, Gatién Houngbédji, zu ihrem Vorsitzenden. Die Streitigkeiten in der CFD waren symptomatisch für die insgesamt immer weiter **zersplitternde Parteienlandschaft** von allen politischen Lagern in insgesamt über 100 Parteien, und für die daraus resultierenden wechselnden Parlamentsmehrheiten. So entstand bis September eine Stimmenmehrheit der *mouvance présidentielle* im Parlament, die sogleich das Gesetz zur Einführung leistungsorientierter Entlohnung verabschiedete (s. o.), das bis zur Demission des Premierministers, von dessen Partei (PRD) gemeinsam mit Soglos RB, der größten Oppositionspartei, blockiert worden war.

Wie viele afrikanische Staatschefs hatte sich Kérékou dem **Kampf gegen Korruption** im Staatsdienst verschrieben, ein Versprechen, daß ihm die Bevölkerung wegen seines vergleichsweise bescheidenen Lebensstils auch abnahm. Auch die höchsten Staatsämter blieben jedoch vom Korruptionsverdacht nicht verschont. Am 19.3. mußte sich der frühere Staatspräsident Soglo vor dem Cotonouer Gericht wegen Hinterziehung öffentlicher Mittel verantworten. Im April deckte eine vom Premierminister eingesetzte Untersuchungskommission auf, daß die Energiekrise im Frühjahr (s.u.) genutzt wurde, um mit Billigung Kérékous für sechs Monate Groß-Stromaggregate (16 MW) von einer britischen Firma zu einem Preis zu mieten, der höher lag als der Anschaffungswert der Anlage; auf Druck der öffentlichen Meinung machte der Staatschef den Vertrag rückgängig. Im Herbst beschloß das Finanzministerium, den besonders korruptionsträchtigen Zolldienst zu überprüfen und zu reorganisieren; dabei deckte man u.a. auf, daß der für die togoische Grenzregion zuständige stellvertretende Direktor des Zolldienstes allein F CFA 400 Mio. (\$ 710 000) hinterzogen haben sollte. Am 13.11. veranstalteten die unter dem Dachverband *Front des organisations nationales de lutte contre la corruption* (FONAC) zusammengeschlossenen NRO eine Unterstützungs-Ralley in den Handelszentren Cotonou und Parakou für ein hartes Durchgreifen des Finanzministers gegen Korruption.

Die **Menschenrechtslage** war relativ entspannt. Die Justiz galt allerdings weiterhin als ineffektiv und korrupt und die Haftbedingungen als äußerst hart. Angesichts wachsender

Kriminalität, welcher der Staat wenig entgegenzusetzen hatte, griff die Bevölkerung zunehmend zur **Lynchjustiz**. Mindestens 12 Diebe oder Kriminelle wurden im Laufe des Jahres durch aufgebrachte Bürger auf frischer Tat ertappt und getötet. So verbrannten aufgebrachte Bewohner in Abomey-Calavi nördlich von Cotonou im Juli zwei Autodiebe bei lebendigem Leibe. Der Staat versuchte der zunehmenden Kriminalität, besonders im Süden und in den urbanen Zentren, durch hartes Durchgreifen zu begegnen. Gerichte in Cotonou sprachen zum ersten Mal seit 1990 im Mai gegen sechs Beschuldigte eines Banküberfalls, bei dem ein Polizist getötet wurde, wieder die Todesstrafe aus; weitere acht Beschuldigte wurden im Oktober zum Tode verurteilt. Bei über der Hälfte der Verurteilten handelte es sich um Ausländer, hauptsächlich um Nigerianer. In Benin wurde zuletzt 1986 die Todesstrafe vollstreckt. Ein weiteres populäres Mittel im Kampf gegen die zunehmende Unsicherheit waren Kampagnen gegen illegal im Land weilende Ausländer (*les sans papiers*). Allein im Oktober wurden aus den Armenvierteln Cotonous insgesamt 1 000 Nigerianer, Ghanaer, Burkinabés und Malier ausgewiesen. Auch gegen Verletzungen des Presserechts ging die Regierung hart vor. Die **Pressefreiheit** galt aber als gewährleistet. Mit der Gründung einer weiteren unabhängigen Tageszeitung, *La Liberté*, Ende November, gab es neben den staatlichen Medien zehn Tageszeitungen, einen privaten Fernsehsender und 12 Radiostationen, darunter fünf Sender mit Programmen in lokalen Sprachen für die ländlichen Gebiete.

Viele setzten ihre Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lage durch die für März 1999 und 2001 festgesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Deren effektive Organisation sollte dieses Mal eine **unabhängige nationale Wahlkommission** (CENA) gewährleisten, die im September durch Parlamentsbeschluß eingerichtet wurde; ein Vorstoß der Regierung im Dezember, die Aufgabe der CENA durch eine regierungskontrollierte Wahlkommission zu unterlaufen, konnte am 29.12. durch vehementen Einspruch der Opposition abgeblockt werden.

## *Außenpolitik*

Außenpolitisch verfolgte die Beniner Regierung - im Gegensatz zum benachbarten Togo - ein niedriges Profil. Seinen Willen zur Unterstützung des im April 1997 beschlossenen Aufbaus einer westafrikanischen **Friedenssicherungstruppe** der 1979 gegründeten frankophonen ANAD (*Accord de Non-Agression et d'Assistance en Matière de Defense*) dokumentierte Benin durch seine Teilnahme an den ersten gemeinsamen Manövern dieser Truppe in der Kompienga-Region (Burkina Faso; 17.4. - 20.4.). Am 2.11. begann die erste, 50-tägige Phase eines militärischen Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramms durch 60 US-amerikanische Militärausbilder für ca. 600 Beniner Soldaten im Rahmen der von den USA initiierten *African Action Crisis Reaction Initiative*, die Militärausrüstung im Wert von F CFA 1,25 Mrd. zur Verfügung stellte. Die besonderen Beziehungen zu

seinem ehemaligen Verbündeten, dem nigerianischen Diktator General Sani Abacha, dokumentierte Kérékou im Juni anlässlich des plötzlichen Ablebens des Diktators mit dem Abbruch seiner Teilnahme am OAU-Gipfel in Ouagadougou und der Anordnung einer dreitägigen Staatstrauer. Im September kam der neue nigerianische Staatschef Abubakar zu seinem ersten offiziellen Besuch nach Cotonou. Während des Jahrestreffens der 1959 gegründeten, vom togoischen Staatschef Eyadéma aus außenpolitischer Profilierungssucht 1994 wiederbelebten obsoleten Regionalorganisation, *Conceil de l'Entente*, im August in Cotonou wählten die Vertreter der fünf frankophonen westafrikanischen Mitgliedstaaten Kérékou zum Vorsitzenden. Ende August wurden mehrere togoische Soldaten verhaftet, denen man vorwarf, an Anschlägen der togoischen bewaffneten Opposition im gleichen Monat teilgenommen zu haben. Die Beniner Menschenrechtsliga forderte die Regierung auf, den Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Da Kérékou nicht geneigt schien, dem togoischen Auslieferungsgesuch nachzukommen, trübten sich seine ansonsten guten Beziehungen zu Eyadéma.

Der Repräsentant der Weltbank in Cotonou, Michel Azéfor, kritisierte in einer Pressekonferenz zu seiner Verabschiedung am 26.8. die innenpolitische Lage des am Tropf der **Entwicklungshilfe** hängenden Landes in ungewohnt scharfer Weise. Er geißelte insbesondere die starke Politisierung und geringe Kompetenz der öffentlichen Verwaltung, Korruption, mangelhaftes Projektmanagement, eine tendenziöse und inadäquate Anwendung verbindlicher Verträge und - als Konsequenz - eine **geringe Absorptionskapazität** für die zur Verfügung stehende Entwicklungshilfe, die praktisch nur zur Hälfte genutzt wurde. Ende Mai waren u. a. wegen der verzögerten Reform des Öffentlichen Dienstes erst zwei der vier Tranchen des erweiterten Strukturanpassungsprogramms des IWF (ESAF; SDR 27,18 Mio. ab 1996) ausgezahlt worden. Deutschland beteiligte sich zusammen mit Frankreich und der EU an der Finanzierung von Notstromaggregaten zur Bewältigung der Energiekrise im Frühjahr und bewilligte im Dezember weitere DM 60 Mio. Entwicklungshilfe für die nächsten zwei Jahre.

## *Sozio-ökonomische Entwicklung*

Die Anhänger des *Vodun* in Benin, die nach wie vor Repressionen des Staatschefs befürchteten, weil er aus seiner Abneigung gegen die „Relikte des Feudalismus,, keinen Hehl machte, begingen am 10.1. ihren nationalen Feiertag, obwohl er aus dem offiziellen Kalender der staatlichen Feiertage gestrichen worden war. Die Aufnahme des Oberhauptes des *Vodun*, Dagbo Hounon Hounan, in den neu gegründeten Beirat für internationale religiöse Fragen der UNESCO im September bedeutete für die Gläubigen nicht nur zusätzliche internationale Anerkennung, sondern auch eine innenpolitische Absicherung ihrer Religionsfreiheit.

Eine schwere **Energiekrise** im Frühjahr (Febr. - Mai) beeinträchtigte nicht nur das Alltagsleben und das Wirtschaftswachstum, sondern hatte Auswirkungen bis in die Innen- und Außenpolitik. Hervorgerufen wurde die Krise durch eine ungewöhnliche Trockenheit in Ghana, die den Wasserzufluß des Voltasees so stark verminderte, daß das große Akosombo-Stauwerk, der Hauptstromlieferant in der Region auch für die benachbarten Staaten, im März nur noch ein Fünftel der normalen Kapazität nach Benin exportierte. Am stärksten betroffen waren die Zement- und Textilindustrie, die zeitweilig wegen Stromausfalls ihre Produktion einstellen mußte. Insgesamt wurde mit einem Verlust von \$ 20 Mio. und einem Rückgang des Wirtschaftswachstums um 2,5% auf 3% p. a. gerechnet. Die Gebergemeinschaft reagierte relativ schnell durch Beistandskredite zum Anmieten und Kauf von Notstromaggregaten zur Versorgung der urbanen Zentren; so wurde am 1.7. eine neue 20 MW Gasturbine zur Verbesserung der Stromversorgung Cotonous installiert und die Kapazität des bestehenden thermischen Kraftwerks mit französischer Hilfe von 7 auf 20 MW aufgestockt. Diese Käufe stellten allerdings auch eine zusätzliche Belastung von ca. \$ 19 Mio. für den ohnehin angespannten Staatshaushalt dar.

Der dänischen Reederei Maersk gelang es im Mai, unter Protesten der betroffenen Hafenarbeiter-Gewerkschaft, das staatliche Umschlagmonopol für den ineffektiven **Tiefseehafen** von Cotonou zu durchbrechen. Mit einer Lizenz zum Ausbau des Container-Terminals und Investitionen in Höhe von F CFA 2,5 Mrd. wickelte die Schifffahrtslinie zukünftig gut 30% des Containerumschlags in eigener Regie ab, und profilierte damit den Hafen von Cotonou, in Konkurrenz zum benachbarten Hafen von Lomé, zum wichtigen Umschlagplatz für die Subregion, insbesondere für Nigeria und die Binnenstaaten Niger und Burkina Faso.

Nach den neuesten Statistiken der UEMOA gelang es, im laufenden Jahr die **Staatseinnahmen** (ohne Entwicklungshilfe) um 1% auf 15% des BIP zu steigern. Die Ausgaben für Investitionen (zu 85% extern finanziert) fielen um 21%, während die laufenden Ausgaben leicht um 1,8% zunahmen, obwohl die Personalkosten wegen der Gehaltsnachzahlungen im Öffentlichen Dienst (s.o.) stärker anstiegen (9,8%). Insgesamt gelang es, das Haushaltsdefizit von 4,8% des BIP (1997) auf 2% zu reduzieren. Bei der Baumwollproduktion, dem wichtigsten Devisenbringer des Landes (85%), machten sich die Folgen jahrzehntelangen Raubbaus und der Ausdehnung der Anbaufläche auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion sowie negative Effekte der Liberalisierung der Baumwollvermarktung auf den Ertrag und die Qualität der Baumwolle bemerkbar; die Erntevorhersagen für die Saison 1998/99 gingen vom Rückgang der Baumwollsaatproduktion um bis zu einem Drittel auf 300 000 t aus.

*Dirk Kohnert*

## Chronologie Benin 1998

- 08.01. Neue Arbeitsgesetzgebung in Kraft gesetzt
- 12.02. Gesetzpaket zur Verwaltungsreform (Dezentralisierung) abschließend verabschiedet
- Februar 8-tägiger Generalstreik der Staatsbediensteten
- Febr.- Mai Energiekrise legt weite Teile der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens lahm
- 08.05. 4-tägiger Generalstreik im Öffentlichen Dienst
- 15.05. Regierungsumbildung nach Rücktritt des Ministerpräsidenten und drei PRD-Minister (am 8.5.)
- 23.06. Verabschiedung des ersten Beniner *Code de sécurité social*
- September Aufnahme des Oberhauptes des *Vodun* in den Beirat für internationale religiöse Fragen der UNESCO
- 15.09. Amnestiegesetz für Tawes-Gruppe nach Einsprüchen des Verfassungsgerichts zum 3. Mal verabschiedet; Gesetz zur Reform des Öffentlichen Dienstes mit leistungsorientierter Entlohnung verabschiedet
- Oktober Dezentralisierungsgesetze (verabschiedet am 12.2.) abermals vom Verfassungsgericht für ungültig erklärt
- 02.11. Militärisches Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramm zur regionalen Krisenprävention begonnen